



Gewerkschaften und Erwerbslose:
Gemeinsam an vier Fronten

Ergebnisse der Arbeitstagung vom 12.-14.06.2019 in Beverungen

Von Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch. Ebenso mit Familie (Kindern) und natürlich auch als Mieter/in.

Aber erstens ist längst nicht alle Arbeit „gut“. Zweitens schützt auch halbwegs „gute“ Arbeit nicht mehr unbedingt vor Armut, noch weniger vor Armutsgefährdung: Nicht nur viele prekär, auch nicht wenige regulär Beschäftigte sehen sich wieder zu ständigen finanziellen Balance-Akten gezwungen. Dies drittens umso mehr als das, was für Erwachsene vielleicht noch reicht, für eine Familie mit Kindern noch lange nicht genügt. Und viertens, wenn die Familie gerade so über die Runden kommt, muss sie doch häufig um ihr Dach über dem Kopf bangen: Für Kinder *und* Miete reicht das Geld eben oft genug doch nicht.

Die Politik der letzten Jahrzehnte – insbesondere die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe im Rahmen der Hartz-Reformen – hat nicht nur spezifische Sozialleistungen gekürzt, sondern auch die Löhne und Arbeitsbedingungen generell verschlechtert.

Der Verlust des Arbeitsplatzes (**Erwerbslosigkeit**) ist daher immer noch ein zentrales, aber bei weitem nicht mehr das einzige Armuts- und Ausgrenzungsrisiko. **Niedriglöhne** und unfreiwillige Teilzeit (Armut trotz Arbeit) kommen seit der Jahrhundertwende hinzu. Immer schon hatten Alleinerziehende und kinderreiche Familien schwer zu kämpfen, um über die Runden zu kommen. Nun kommt als weitere Existenzgefährdung aber noch das Wohnungs- und Mietenproblem hinzu. Viele Menschen schaffen es sich nicht mehr, sich **Kinder** und eine **Wohnung** gleichzeitig zu leisten.

Egal welche dieser mittlerweile vier existenziellen Risiken in einem Durchschnittsverdiener-Haushalt tatsächlich drohen oder (noch) nicht: Sie lauern quasi allesamt gleich um die Ecke. Niemand will sie wahrhaben und niemand ist dagegen gefeit. Man muss nicht gerade Sozialpsychologie studiert haben, um zu erkennen, was das mit einer Gesellschaft macht: In einem Klima der Angstabwehr kann keine umfassende Solidarität gedeihen. Der Zusammenhalt wird selektiv, und soziale Spaltungen werden zusätzlich noch als regionale Disparitäten sichtbar.

Der Sozialstaat ist nämlich nicht mehr das Sicherheitsnetz, wie es im europäischen Sozialmodell – und nur dort – üblich war. Die Kleinfamilie kann sich nicht mehr auf Erwerbsarbeit einerseits und bei Bedarf staatliche Hilfen andererseits verlassen. Weder die kapitalistische Ökonomie selber noch der kompensierende Sozialstaat sind in der Lage, das Versprechen des „Wohlstands für Alle“ glaubwürdig zu vertreten.

Dass die Gesellschaft dann in eine Vielzahl von sich zwar überlappenden, aber gleichzeitig gegeneinander abgrenzenden Netzwerken zerfällt, also in eine unsolidarische Konkurrenzgesellschaft, ist wahrlich kein Wunder. Der Nährboden für Rechtspopulisten ist gelegt, wird weiter gedüngt und wir von diesen bestens bestellt, denn die wussten immer schon soziale Krisen zu nutzen und sich ihr sozialpolitisches Mäntelchen umzuhängen!

Wir brauchen also eine Sozial- und Gesellschaftspolitik, die gleich an vier Fronten kämpft: Sie muss erstens die Arbeitsplatzsicherheit und die Arbeitsbedingungen verbessern, zweitens die Arbeitslosenversicherung nicht nur ein wenig, sondern sehr deutlich stärken, drittens die Eltern von Kindern unterstützen und viertens die Mietpreisexplosion bekämpfen. Die ersten beiden Punkte sind genuin gewerkschaftliche Aufgaben, die anderen beiden können nur in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Bündnispartnern mit einiger Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden.

Umgekehrt kann man diesen Vier-Fronten-Kampf auch als organisationspolitische Chance für eine gezielte Öffnung der Gewerkschaften, und zwar nach vielen Seiten hin, sehen – immer unter der Voraussetzung, dass zuerst die „Hausaufgaben“ in den Betrieben und Verwaltungen gemacht wurden. Natürlich ist das auch eine Frage der Ressourcen einerseits, der möglichen Synergieeffekte andererseits.

Für die gewerkschaftliche Arbeit mit und für Erwerbslose(n) bedeutet dies die Chance auf Bündnispartner, sowohl in den Gewerkschaften wie in der Zivilgesellschaft. Wir müssen Bündnisse eingehen insbesondere mit Mieter*inneninitiativen, dürfen uns nicht nur auf die Lebenslagen von Singles beziehen und sollten uns vor allem nicht entlang der Linie Alg I (arbeitsmarktnah) vs. Alg II (arbeitsmarktfern) spalten lassen.